

Britta Nehring

Die Parlamentswahlen 1998 in den Niederlanden

Die niederländischen Wahlen vom Mai 1998 bestätigten die vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgreiche Politik des bisherigen Ministerpräsidenten Wim Kok, dessen sozialdemokratische PvdA auch in Zukunft mit der rechtsliberalen – und gestärkten – VVD sowie der linksliberalen – und geschwächten – D66 koalieren wird. Aufgrund des komplizierten Koalitionsbildungsverfahrens konnten die drei Parteien indes erst im Juli ihr Regierungsprogramm vorstellen, das sich dem Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet sieht. Insgesamt zeigt das Wahlergebnis die zunehmende Auflösung der traditionellen sozialen ‘Versäulung’ der niederländischen Gesellschaft und die Stärkung der politischen Mitte – eine Tendenz, die auch die zukünftige Landespolitik als berechenbar und kontinuierlichbetont erscheinen läßt.

Bei den Parlamentswahlen am 6. Mai 1998 in den Niederlanden wurde die Regierungspolitik von Premierminister Wim Kok eindrucksvoll bestätigt. Die von ihm geführte sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) gewann 29 Prozent der Stimmen und damit 45 der insgesamt 150 Sitze der Zweiten Kammer; dies sind acht Sitze mehr als bisher. Bei den letzten Wahlen von 1994 hatte die PvdA noch die größte Niederlage ihrer Geschichte hinnehmen müssen, u.a. aufgrund des harten Sparkurses von Kok, der damals Finanzminister in der großen Koalition mit dem bis dahin führenden christlich-demokratischen CDA war. Die PvdA wurde 1994 nur stärkste Fraktion, weil der CDA noch schlechter abschnitt und sich zum ersten Mal nach siebzig Jahren in die Opposition begeben mußte.

Neben dem PvdA ging aus den diesjährigen Parlamentswahlen auch der rechtsliberale Koalitionspartner VVD als Sieger hervor. Er erhielt 24,7 Prozent der Stimmen bzw. 38 Sitze (sieben mehr als 1994). Deutliche Verluste verbuchte hingegen der linksliberale Koalitionspartner D66 mit neun Prozent der Stimmen bzw. 14 Sitzen (zehn weniger als 1994). Der CDA rutschte mit nur 18,4 Prozent der Stimmen noch weiter von 34 auf 29 Sitze ab.

Bemerkenswerte Zuwächse verzeichneten auch die Grün-Linken mit 7,3 Prozent der Stimmen bzw. elf Sitzen (sechs mehr als 1994). Mit Abstand folgen schließlich vier kleinere Parteien, nämlich die linke SP (Sozialistische Partei) sowie die drei religiös orientierten Parteien SGP (Streng-Reformierte Partei), GPV (Reformierter Politischer Verbund) und RPF (Reformatrische Politische Föderation). Nicht mehr im Parlament vertreten sind die rechtsextremen Zentrumsdemokraten (CD), der Allgemeine Altenverbund (AOV) und die Union 55+. Die beiden letztgenannten Parteien konnten 1994 vor allem wegen der Kritik an der Seniorenpolitik des CDA sieben Sitze erlangen.

Vergleicht man die Wahlergebnisse mit den Ergebnissen der beiden Umfragen, die die Institute Inter/View und NIPO kurz vor der Wahl am 1. und 4. Mai 1998 durchgeführt hatten, so fällt vor allem das unerwartet schlechte Abschneiden des CDA und der Sprung nach oben von VVD ins Auge. Für den CDA ist das Wahlergebnis besonders enttäuschend, weil die Umfragen der letzten Monate einen klaren Aufwärtstrend festgestellt hatten. Die Um-

frage vom 4. Mai 1998 ergab für den CDA noch 34 Sitze, für den VVD hingegen nur 33 Sitze. Alles sah nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz aus, das der VVD letztlich klar für sich entschied.

Wie weitere Umfragen zeigen, wußte ein Drittel der Wähler bis kurz vor der Wahl noch nicht, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten. Wahlberechtigt waren mehr als elf Millionen Niederländer, von denen etwa eine halbe Million im Ausland lebt. Die Wahlbeteiligung betrug nur 73,2 Prozent – ein historischer Tiefstand bei nationalen Parlamentswahlen.

Das niederländische Parlament, die ‘Generalstaaten’, bestehen aus einer Ersten (Senat) und Zweiten Kammer. Hiervon ist die Zweite Kammer das entscheidende parlamentarische Gremium, das vom Volk in geheimer und direkter Wahl auf vier Jahre gewählt wird. Die 75 Mitglieder des Senats hingegen werden für vier Jahre von den Provinziallandtagen entsprechend den Wahlergebnissen in den zwölf niederländischen Provinzen bestimmt. 1999 finden die Wahlen zur Ersten Kammer und zum Europäischen Parlament (für 31 Sitze niederländischer Parteien) sowie die Provinzialwahlen statt.

Bei den Wahlen 1998 zur Zweiten Kammer hatten sich 1095 Kandidaten von 22 Parteien beworben. Um einen Sitz zu gewinnen, mußte eine Partei etwa 60.000 Stimmen erhalten. Diese Wahlquote ergibt sich, wenn alle gültigen Stimmen zusammengezählt und durch die Anzahl der Sitze im Parlament, d.h. durch 150 dividiert werden. Durch das reine Verhältniswahlrecht in den Niederlanden können auch ganz kleine Parteien ins Parlament einziehen. Andererseits erhält eine Partei selten mehr als 25 Prozent der Wählerstimmen, wodurch Koalitionen erforderlich werden, so auch nach der diesjährigen Wahl.

Sobald die Anzahl der Sitze pro Partei feststeht, werden die Kandidaten bestimmt. Es gibt keine Direktmandate, aber sogenannte Vorzugsstimmen: Kandidaten, die stimmenmäßig mindestens die Hälfte der Wahlquote erreichen, erhalten automatisch einen Sitz – vorausgesetzt, ihre Partei verfügt über entsprechende Sitze. Ansonsten kommen die ersten Kandidaten entsprechend der Reihenfolge auf der nationalen Liste ins Parlament.

Aufgrund des Wahlsystems und der Gewohnheit, Koalitionsvereinbarungen bis ins kleinste Detail auszuarbeiten, nimmt der Prozeß der Regierungsbildung in den Niederlanden im Anschluß an die Wahlen üblicherweise mehrere Monate in Anspruch, so auch dieses Mal: Erst am 3. August 1998 konnte Königin Beatrix das neue Kabinett vereidigen, nachdem sich die bisherigen und künftigen Koalitionspartner PvdA, VVD und D66 auf ein gemeinsames Regierungsprogramm und die Zusammensetzung des Kabinetts geeinigt hatten. In der Zweiten Kammer verfügten sie mit 97 Abgeordneten über fast zwei Drittel der Sitze.

Die Königin bildet zusammen mit den Mitgliedern des Kabinetts die Regierung der Niederlande, die Krone. Nach den Wahlen zur Zweiten Kammer beauftragt die Königin einen ‘Formateur’ mit der Regierungsbildung. Häufig benennt sie zuvor noch einen ‘Informateur’, der die Koalitionsmöglichkeiten erkundet. Außerdem berät sie sich mit Mitgliedern des demissionierenden Kabinetts, dem Vizepräsidenten des Staatsrats, den Vorsitzenden der beiden Kammern der Generalstaaten, den Fraktionsvorsitzenden und den Staatsministern. Der Formateur ist häufig der spätere Premierminister. Die Regierung, also Kabinett und Königin gemeinsam, haben auch das Recht, die beiden Kammern des Parlaments aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Zu den öffentlichen Verpflichtungen der Königin gehört an erster Stelle die Eröffnung des Sitzungsjahres der Generalstaaten jeweils im September. Dabei verliest sie die vom Premierminister verfaßte Regierungserklärung für das neue parlamentarische Jahr.

Eine Woche nach den diesjährigen Parlamentswahlen beauftragte Königin Beatrix den bisherigen Premierminister Kok, den bisherigen Finanzminister Zalm (VVD) und die bisherige Gesundheitsministerin und Spitzenkandidatin der D66, Borst, die Verhandlungen über eine Neuauflage des ‘violettten’ Kabinetts zu führen. Daß gleich drei In-formateure benannt wurden, war ungewöhnlich, zumal es sich um Mitglieder der bisherigen und wahrscheinlich auch künftigen Regierung handelte. Außerdem gehörten die D66 zu den Wahlverlierern. Die Linksliberalen haben bisher jedoch eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den früheren Rivalen PvdA und VVD gespielt und damit für Stabilität im Kabinett gesorgt. Dies erklärt das Interesse der anderen beiden Parteien, die

D66 einzubinden. Sie hatten der D66 bereits vor den Wahlen die Beteiligung an einer zukünftigen Koalition zugesagt, während die D66 ihrerseits eine Beteiligung vom Wahlergebnis, aber auch von weiteren Zugeständnissen, u.a. bezüglich der Mini-sterposten, abhängig gemacht hatte. Schließlich ging die D66 dann ohne Vorbedingungen in die Koalitionsver-handlungen.

Die Informateure stellten gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden ihrer Parteien ein Regierungsprogramm auf. Dies erwies sich eher als noch schwieriger denn nach den letzten Wahlen 1994. Denn einerseits haben jetzt Sozial-demokraten und Rechtsliberale fast gleich viele Stimmen hinzugewonnen, während die D66 durch die Stimmen-verluste in ihrer Brückenfunktion geschwächt ist. Andererseits haben die Linksparteien insgesamt bei den diesjäh-rigen Parlamentswahlen kräftig zugelegt; sie werden im neuen Parlament genau über die Hälfte der Sitze verfügen.

VVD erklärte gleich nach den Wahlen, eine damit einhergehende sozialere Politik nicht mitzutragen. Um diese zu verhindern, bestand die Partei auf strikten Absprachen im Regierungsprogramm. Sie möchte die bisherige Politik der strengen Haushaltsdisziplin und stetigen Abgabensenkung fortsetzen. Im Wahlkampf hatte sie angekündigt, für Steuerentlastungen der Bürger und Unternehmen in Höhe von insgesamt 7,5 Milliarden hfl. und für ein Haushalts-defizit von einem Prozent einzutreten. Die PvdA wollte hingegen nach den wirtschaftspolitischen Erfolgen der letzten Jahre nun die Steuern weniger stark senken als andere Parteien und verstärkt sozialpolitische Akzente set-zen. Hierbei dürfte sie mit der Unterstützung des CDA rechnen können, der im Wahlkampf ebenfalls soziales En-gagement auf seine Fahnen geschrieben hatte.

Mit einer sozialeren Politik könnte die Regierungskoalition auch dem weiteren Anwachsen der Linksparteien Grün-Links und SP sowie den Religionsparteien SGP, GPV und RPF entgegenwirken. Zu den Wählern dieser kleineren Parteien zählen Mitglieder der Protestbewegung, die sich in den Niederlanden auf Initiative des Rates der Kirchen gebildet hat. Ihr gehören Kirchenvertreter, Gewerkschaften, Unternehmen, Jungsozialisten und christliche Parteien an, die sich gegen die niederländische "24-StundenÖkonomie", einschließlich der Sonntagsarbeit, gegen die Flexibilisierung der Arbeitswelt und gegen die wachsende Kluft zwischen arm und reich wenden. Vor allem aufgrund der Unzufriedenheit vieler Bürger mit der bisherigen Sozialpolitik konnten die kleineren Parteien 1998 Wahlgewinne verbuchen. Besonders die Grün-Linken, ein Sammelbecken für Kommunisten, Pazifisten und Radi-kalsozialisten, hatten im Wahlkampf auf sozialem Gebiet große Umverteilungen versprochen.

Am 18. Juli 1998 einigten sich die Koalitionspartner PvdA, VVD und D66 schließlich einstimmig auf das neue gemeinsame Regierungsprogramm. Es nennt als wichtige Aufgabe der neuen Legislaturperiode die Herstellung "eines Gleichgewichts zwischen wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Gerechtigkeit". Geplant sind Mehrausgaben in Höhe von 16 Milliarden Gulden, die durch Einsparungen (7,6 Milliarden), zweiprozentiges Wirtschaftswachstum pro Jahr (4,4 Milliarden) und weitere Maßnahmen (3,5 Milliarden) aufgebracht werden sollen. Neun Milliarden Gulden sind für "neue Politik" (Bereiche Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Polizei) vorgesehen. Ferner soll ab dem Jahr 2001 das Steuersystem geändert werden, indem die Prozentsätze der mittleren und oberen Steuerstufen gesenkt werden, während die untere Stufe geteilt wird, um die Bezieher niedrigster Einkommen zu unterstützen. Finanziert werden soll diese Reform durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf dann 19 Prozent.

Nach Berechnungen des Zentralen Planbüros (CPB) führt die Verwirklichung der Regierungsziele in den kommen-den vier Jahren zu 450.000 neuen Arbeitsplätzen, zu einem Anstieg der durchschnittlichen Kaufkraft um ein Pro-zent und zum Abbau der Staatsverschuldung.

Nach Fertigstellung und parteien- und koalitionsinterner Abstimmung des Regierungsprogramms beauftragte Königin Beatrix Premierminister Kok als Formateur mit der Regierungsbildung. Am 24. Juli 1998 präsentierte dieser die neue Kabinettsliste. Das Kabinett wird aus 29 Mitgliedern (15 Ministern und 14 Staatssekretären) be- stehen, von denen nur neun der bisherigen Regierung angehörten. PvdA und VVD stellen mit sechs Ministern jeweils einen mehr als bisher. D66 konnte trotz der Wahlniederlage drei Ministerposten durchsetzen (einen weni-

ger als bisher), überließ aber der VVD das Wirtschaftsressort und übernahm dafür das Landwirtschaftsministerium. Insgesamt sind im neuen Kabinett ein Minister und vier Staatssekretäre mehr als im alten vertreten. Wim Kok wird zum zweiten Mal in Folge Premierminister – dies schaffte vor ihm als Sozialdemokrat nur Willem Drees in der Nachkriegszeit.

Als große Überraschung gilt die Berufung des bisherigen Rotterdamer Oberbürgermeisters Bram Peper (PvdA) zum Innenminister. Auffallend ist ferner, daß mehrere prominente Politiker ausgeschieden sind, z.B. Hans van Mierlo, Außenminister und Gründer der D66, als nach der schweren Wahlniederlage seiner Partei klar war, daß diese dem Außenministerium bei den Koalitionsverhandlungen keine Priorität einräumen würde. Auch nicht mehr der neuen Regierung angehören werden Wirtschaftsminister Wijers, der wieder in die Wirtschaft zurückkehren wird, der bisherige PvdA-Fraktionsvorsitzende Jacques Wallage, der noch als Kronprinz von Kok gegolten hatte und nun Bürgermeister von Groningen wird, sowie VVD-Fraktionsvorsitzender Bolkestein. Bolkestein hatte vor den Wahlen mit dem Amt des Premierministers für den Fall geliebäugelt, daß seine Partei die meisten Stimmen erhalten würde. Nach den Wahlen dann galt er als Anwärter für den Posten des Außenministers, kündigte schließlich an, um das Jahr 2000 aus der Politik ausscheiden zu wollen, und nahm nun einen Tag vor der Bildung der neuen Regierung seinen Hut. Sein Nachfolger wird der bisherige Innenminister und stellvertretende Premierminister Hans Dijkstal, der anders als Bolkestein als linksorientiert gilt. Neuer PvdA-Fraktionsvorsitzender ist der bisherige Sozialminister Ad Melkert, der für seine scharfe Verhandlungsführung bekannt ist. Bei D66 wird Thom de Graaf, der seit Ende 1997 Fraktionsvorsitzender ist, nun auch die Parteiführung von der bisherigen Präsidentin Els Borst übernehmen.

Der große Wechsel innerhalb der Regierung und an den Parteispitzen wird in den Niederlanden unterschiedlich beurteilt. Einerseits wird darin ein Zeichen funktionierender Demokratie gesehen, in der die Politiker nicht an ihren Ämtern kleben; andererseits wird, vor allem von den politischen Gegnern, kritisiert, daß Politiker, die sich vor der Wahl an vorderster Front um ein Abgeordnetenmandat beworben hatten, nun andere Posten in Wirtschaft und Gesellschaft vorziehen. Aus den Reihen der PvdA ist auch Kritik an der Auswahl der eigenen Kabinettsmitglieder zu vernehmen: zu viele von ihnen seien reine Verwaltungsfachleute und gehörten der alten Generation an.

Wahlverschiebung zur neuen Mitte

Jahrzehntelang war das Parteiensystem in den Niederlanden durch die sogenannte "Versäulung" gekennzeichnet, die die Unterteilung der Gesellschaft in verschiedene politisch-soziale Milieus bzw. religiös und ideologisch nebeneinander existierende Gruppen oder 'Säulen' widerspiegelte, die im vorigen Jahrhundert entstanden waren. Entsprechend gab es bis in die Mitte der sechziger Jahre fünf beherrschende Parteien: die sozialistisch-sozialdemokratische PvdA, drei christliche Parteien und die liberalkonservative VVD. Die christlichen Parteien besetzten die politische Mitte und konnten sowohl mit der PvdA als auch der VVD Koalitionen eingehen, während PvdA und VVD wegen grundsätzlich unterschiedlicher Standpunkte in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen nicht koalitierten.

Mitte der sechziger Jahre wurden Krisensymptome im Parteiensystem offenbar. Die beginnende Säkularisierung der Gesellschaft traf besonders die Katholische Volkspartei. Als Alternative zu den etablierten Parteien wurde 1966 die D66 als 'Durchbruchspartei' gegründet, die sich als Sammelbecken für innovativ und unkonventionell denkende Wähler sah.

In den siebziger Jahren führten Stimmenverluste bei den Parteien der Mitte (den christlichen Parteien und der D66) und Koalitionsabsprachen der linken Parteien zur zunehmenden Polarisierung der niederländischen Parteienlandschaft mit PvdA auf der linken und VVD auf der rechten Seite. Die drei christlichen Parteien Katholische Volkspartei (KVP), Antirevolutionäre Partei (ARP) und Christlich-Historische Union (CHU) schlossen sich aufgrund dieser Entwicklungen 1980 zum CDA zusammen.

Die achtziger Jahre standen für eine Phase erneuter Stabilität mit wechselnden Koalitionen des CDA (mit VVD und PvdA).

Doch die konfessionellen Trennungslinien und die traditionellen Milieus verloren immer mehr an Bedeutung. Dies führte zur Lockerung der Parteibindungen und 1994 zu den als "historisch" bezeichneten Parlamentswahlen, bei denen PvdA, CDA und VVD nur noch 66,1 Prozent der Stimmen erhielten; von einem Ende der "Versäulung" war die Rede. PvdA und VVD besetzten erstmals zusammen eine neue politische Mitte, die inzwischen für CDA und D66 kaum noch Platz läßt.

Die Verschiebungen im Parteienspektrum zeigen sich darin, daß 1998 43 Prozent der Wähler für eine andere Partei stimmten als 1994. So sind fünf Prozent der PvdA-Wähler von 1998 ehemalige CDA-Wähler und 14 Prozent ehemalige D66-Wähler, letztere bescherten der PvdA allein sechs Sitze. Sozialdemokratisch orientierte Wähler hingegen haben ihre Stimmen zum Teil nicht mehr der PvdA, sondern den Grün-Linken oder der SP gegeben. Durch diese Entwicklung verliert die PvdA zunehmend ihr Image, Partei der schlechter Verdienenden zu sein. Außerdem hat sie mit 29 Prozent inzwischen einen fast genau so hohen Anteil von Katholiken unter ihren Wählern wie der CDA mit 34 Prozent; 1994 waren es nur 15 Prozent gewesen. 13 Prozent der PvdA-Wähler 1998 sind Neuwähler.

Den CDA wählten 1998 nur 64 Prozent der CDA-Wähler von 1994. Zehn Prozent der ehemaligen CDA-Wähler blieben den Wahlen fern, hierunter viele typische CDA-Wähler wie Katholiken aus Brabant und Limburg, Bauern und Senioren. So verlor der CDA in Limburg in 23 von 53 Gemeinden seine Position als stärkste Partei, in Brabant in 34 der insgesamt 65 Gemeinden. Neun Prozent der ehemaligen CDA-Wähler wählten 1998 VVD, sieben Prozent PvdA. Die zunehmende Säkularisierung der niederländischen Gesellschaft dürfte den Wechsel von CDA-Wählern zu den nicht-konfessionellen Parteien noch beschleunigt haben. Ohnehin haftet dem CDA mitunter der Ruf an, rückwärtsgewandt zu sein.

Die Wählerschaft von VVD zeigte sich hingegen stabiler. So blieben 69 Prozent der VVD-Wähler von 1994 ihrer Partei auch 1998 treu, mehr als bei jeder anderen Partei. Zwölf Prozent der Stimmen erhielt die VVD von Neuwählern, je neun Prozent von ehemaligen CDA- und D66-Wählern.

Bei D66 blieben nur 35 Prozent der Wähler von 1994, 24 Prozent wählten PvdA, zwölf Prozent VVD und elf Prozent Grün-Links. Die Wahlniederlage der D66 dürfte u.a. darauf zurückzuführen sein, daß die Partei aufgrund ihrer Vermittlerrolle zwischen PvdA und VVD in der Vergangenheit zu wenig Eigenprofil entwickeln konnte. Außerdem haben viele Sozialdemokraten, die 1994 aus Enttäuschung über die PvdA die Linksliberalen wählten, jetzt den Weg zurück zur PvdA gefunden.

20 Prozent der Grün-Links-Wähler sind ebenfalls ehemalige D66-Wähler, 19 Prozent sind ehemalige PvdA-Wähler, 16 Prozent Neuwähler.

Erfolgreiche Regierungspolitik der letzten Jahre

Daß die Opposition es bei den diesjährigen Wahlen in den Niederlanden besonders schwer hatte, ist vor allem auf die erfolgreiche Regierungspolitik der bisherigen Koalition zurückzuführen. Allerdings hat diese die Politik der vorangegangenen CDA-PvdA-Koalition im wesentlichen fortgeführt und dabei gute Resultate erzielt. So wurden die beim Amtsantritt der violetten Koalition 1994 gesteckten Ziele bei weitem übertroffen. Statt 18 Milliarden hfl. wurden im Haushalt und in der Sozialversicherung seitdem mehr als 22 Milliarden hfl. eingespart. Es gelang der Regierung eine Steuer- und Sozialabgabensenkung um fast 17 Milliarden hfl. statt um neun Milliarden. Auch die Beitrittskriterien für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurden erfüllt. Im Wahlkampf spielte der EURO im übrigen keine große Rolle, läßt man die eher populistischen Äußerungen des VVD-Vorsitzenden Bolkestein zu diesem Thema einmal beiseite.

Anders als in den Nachbarländern wuchs die niederländische Wirtschaft 1994 bis Anfang 1998 um durchschnittlich 3,25 Prozent jährlich, bescherte den Niederländern 450 000 neue Arbeitsplätze und damit einen Rückgang der Arbeitslosenrate um 2 Prozent auf 5,5 Prozent, etwa die Hälfte des EUDurchschnitts. Die seit Jahren zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vereinbarten gemäßigten Lohnsteigerungen sowie die verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit dürften wesentlich zu diesen Erfolgen beigetragen haben. Nach einer Analyse des Schweizer Instituts für Management-Entwicklung sind die Niederlande zur Zeit der wettbewerbsfähigste Standort Europas. Entsprechend hoch ist das Vertrauen der niederländischen Wirtschaft und der Verbraucher in das Wirtschaftsklima und in die eigene finanzielle Situation.

Personalisierter Wahlkampf

Der Wahlkampf wurde stark personenbezogen geführt. Hierbei bot besonders Premierminister Kok in seiner Rolle als "überparteiliche Vaterfigur für alle Niederländer" nur eine geringe Angriffsfläche. Nicht nur die eigene Partei, sondern selbst politische Gegner sowie die Presse und die Mehrheit der niederländischen Unternehmer standen hinter ihm. Als Hauptkonkurrent trat der ebenfalls populäre VVD-Chef Frits Bolkestein auf.

Der Kandidat des CDA, Jaap de Hoop Scheffer, wurde erst vor einem Jahr an die Spitze seiner Partei berufen. Er hatte es schwer, in so kurzer Zeit eine vergleichbar große Popularität wie die beiden politischen Schwergewichte von PvdA und VVD zu gewinnen und die Themen des CDA in der öffentlichen Debatte erfolgreich anzubringen. Auch stand seine Partei nicht geschlossen hinter ihm.

Im CDA hat es in den letzten fünf Jahren allein vier politische Führungspersönlichkeiten gegeben, die sich letztlich nicht durchsetzen konnten. Ein massiver Vertrauensverlust in die Politik des CDA zeigte sich erstmals bei den Wahlen von 1994, als koalitions- und parteiinterne Querelen im Vorfeld der Wahlen Zweifel an der Integrität des damaligen CDA-Vorsitzenden und Premierministers Ruud Lubbers aufkommen ließen. Der Unmut der Wähler äußerte sich damals darin, daß sogar 40 Prozent der bisherigen CDA-Befürworter nicht zur Wahl gingen und sich Neuwähler der D66 und der VVD zuwandten.

Bislang wirkungslose neue Strategie des CDA

Von der Wahlschlappe 1994 erholte sich der CDA nur langsam wieder. Es fand eine personelle Erneuerung in der Fraktion statt. Diese erhielt zuletzt einen neuen Vorsitzenden und neue Spitzenkandidaten. Hierunter waren auch junge, unerfahrene Kandidaten, während sich so mancher prominente Abgeordnete nicht mehr an vorderster Front wiederfand. Der CDA begann eine Strategiedebatte über die zukünftige Ausrichtung der Partei und führte regelmäßig Umfragen durch, um die Entwicklung der Parteienlandschaft und des Wählerverhaltens zu beobachten.

Wahlkampfthemen des CDA waren die Bereiche innere Sicherheit (besonders Jugendkriminalität und Asylpolitik), Pflege- und Krankenversicherung, Bildungspolitik und Erziehungswesen. Gerade in den sozialen Bereichen und bei ethischen Fragestellungen sah der CDA für sich Imagevorteile gegenüber den anderen Parteien. Da die allgemeine wirtschaftliche Lage in den Niederlanden gut sei, gehe es jetzt um die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen. Leitmotiv des CDA wurde die Einbindung des einzelnen in die Gesellschaft, oberste Priorität hatte die Familienpolitik. Mit der Konzentration auf soziale Themen wollte der CDA Wählerstimmen aus dem linken Parteienspektrum zurückgewinnen, mit der Thematisierung der inneren Sicherheit solche aus dem rechten Lager.

Allerdings griff er damit Themen auf, um die auch PvdA und VVD stritten. Letztlich ist es dem CDA nicht gelungen, die Überlegenheit des eigenen Programms darzustellen.

Ausblick

Noch ist die wirtschaftliche Lage in den Niederlanden sehr gut und die Arbeitslosigkeit sinkt. Jedoch sind die jüngsten Konjunktur- und Haushaltsprognosen nicht mehr so positiv. Ferner gibt es – wie bereits erwähnt – große soziale Unterschiede und – trotz hoher Beschäftigung – Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Noch immer leben vier Millionen Niederländer von der Sozialhilfe, während die Zahl der Millionäre innerhalb der letzten zwei Jahre um ein Drittel gestiegen ist. Das Pro-Kopf-Einkommen ist niedriger als in den Nachbarländern, auch aufgrund des hohen Anteils von Teilzeitarbeitskräften, die 38 Prozent aller Beschäftigten ausmachen. Der Trend zur Frühpensionierung hält an. Ferner hat das Beschäftigungswachstum der letzten Jahre den Anstieg der Arbeitsproduktivität abgeschwächt. Durch die abnehmende Arbeitslosigkeit entsteht zum Teil ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie. Ungeachtet des Rückgangs der Arbeitslosenquote stellt vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit ein großes Problem dar. Ungefähr die Hälfte der Arbeitslosen benötigt mehr als ein Jahr, um eine Anstellung zu finden. Besonders betroffen sind die gering Qualifizierten. Hier übersteigt die Arbeitslosenrate den Durchschnittswert von 5,8 Prozent (Juni 1998) um das Doppelte.

Berücksichtigt man diese Entwicklungen sowie die unterschiedlichen Zielsetzungen im neugewählten niederländischen Parlament und die jetzt schon laut werdende Kritik am neuen Kabinett, so dürfte es in den nächsten Jahren für die Regierung schwieriger werden, ihren erfolgreichen Kurs fortzusetzen. Es bleibt auch abzuwarten, ob der CDA-Fraktionsvorsitzende de Hoop Scheffer mit seiner verjüngten Mannschaft und dem neuen Parteiprogramm Profil und öffentliches Ansehen gewinnen kann. In absehbarer Zeit dürfte sich jedoch sowohl in Den Haag als auch im deutsch-niederländischen Verhältnis nichts Wesentliches ändern.

Anhang

Wahlergebnisse der Parlamentswahlen in den Niederlanden – 1998 und 1994

Parteien	Stimmanteile 1998 in Prozent	Stimmanteile 1994 in Prozent	Sitze 1998	Sitze 1994
PvdA	29	24	45	37
VVD	24,7	19,9	38	31
CDA	18,4	22,2	29	34
D66	9	15,5	14	24
GroenLinks	7,3	3,5	11	5
SP	3,5	1,3	5	2
RPF	2	1,8	3	3
SGP	1,8	1,7	3	2
GPV	1,2	1,3	2	2
CD	0,6	2,5	0	3
AOV/Unie				
55+	0,5	3,6 / 0,9	0	6 / 1
Sonstige	2	1,8	0	0

Quelle: Wissenschaftliches Institut des CDA

Verteilung der Ministerposten in der neuen niederländischen Regierung

PvdA

Premierminister, Minister
für allgemeine Angelegenheiten
Innenminister
Ministerin für Verkehr und
öffentliche Arbeiten
Minister für Arbeit und Soziales
Ministerin für Entwicklungshilfe
Minister für Wohnungsbau,
Raumordnung und Umwelt

Wim Kok
Bram Peper
Tineke Netelenbos
Klaas de Vries
Eveline Herfkens
Jan Pronk

VVD

Wirtschaftsministerin,
stellv. Premierministerin
Außenminister
Verteidigungsminister
Finanzminister
Bildungsminister
Justizminister

Annemarie Jorritsma
Jozias van Aartsen
Frank de Grave
Gerrit Zalm
Loek Hermans
Bengt Korthals

D66

Gesundheitsministerin,
stellv. Premierministerin
Landwirtschaftsminister
Minister für Großstadt-
politik und Minderheiten

Els Borst
Haijo Apothèr
Roger van Boxtel

Das Manuskript wurde am 4. August 1998 abgeschlossen.

Britta Nehring war bis zum 31. August 1998 Mitarbeiterin des Europabüros Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.